

Lutz Niethammer

## Integration und „Widerstand“

Die NPD und die Umgruppierung der Rechten

### *Aufstieg der NPD 1966*

Die Bundestagswahl 1969 brachte für die NPD nicht nur eine große Enttäuschung, weil sie die Hoffnung ihrer Funktionäre auf überregionale parlamentarische Etablierung zunichte machte. Sie markierte auch einen Stichtag strategischen Wandels, insofern durch die Bildung der sozialliberalen Koalition das latente Konkurrenzverhältnis der NPD zur CDU/CSU aktualisiert wurde. In den drei vorhergehenden Jahren waren die parlamentarischen Erfolge der NPD in insgesamt sieben Landtagen daraus entstanden, daß der letzte Überlebensversuch der auf ihren harten Kern von ca. 3500 Anhängern reduzierten Deutschen Reichspartei, sich durch Sammlung benachbarter im Niedergang befindlicher Splittergruppen der eigenen Vergangenheit zu entledigen und als NPD ein

neues Image zu gewinnen, zusammenfiel mit jener Krise des politischen Systems der Bundesrepublik, in der die Nachfolgekanzler (*Erhard*, z. T. auch *Kiesinger*) den Nachlaß der Ära *Adenauer* nicht zu ordnen vermochten: Die Vielzahl der Mitte der sechziger Jahre anstehenden politischen Probleme konnte mit den überkommenen politischen Instrumenten nicht gelöst werden — westliche Orientierung in der Spannung zwischen einem gaullistischen und einem atlantischen Konzept, Stagnation der europäischen Integration, die Aussichtslosigkeit einer Politik der Rechtsfiktionen in den Beziehungen zur DDR, zu den osteuropäischen Staaten und zur Dritten Welt, die Schrumpfung des wirtschaftlichen Vertrauens, eine disparate Finanzstruktur der öffentlichen Hand, die schwelende Krise um die Notstandsgesetzgebung, die Umwandlung der CDU aus einem Kanzlerwahlverein in eine moderne Partei, um nur die wichtigsten zu nennen. Denn die Konservativen mußten unter dem Druck ihres vergangenen Erfolges Kontinuität wahren, obschon die neuen Probleme gerade im ost- und deutschlandpolitischen Bereich Lösungen erforderten, die sich nicht in die Tradition der Ambivalenz Adenauers zwischen Westintegration und Wiedervereinigungsbeschwörungen einordnen ließen. Die Konflikte innerhalb der CDU, die schließlich ihren eigenen Kanzler stürzte, und die Ruinierung des Ansehens der höchsten Staatsämter durch eine verfehlte Personalpolitik kamen hinzu, so daß sich der während der Rezession aufkeimende Unmut im Mittelstand bei den Landtagswahlen in einen Protest gegen das System umzusetzen begann.

Ogleich sich auf der Linken im Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung gerade in der Jugend eine spontane Bewegung aus sozialistischen, antiautoritären und radikal-demokratischen Kräften entwickelte, die sich an keine der etablierten Parteien anschloß, zerfiel diese Bewegung nach ihrem Mißerfolg wieder in ihre Bestandteile, wenn auch auf einer neuen Stufe der Bewußtheit und Organisation, denn es hatte auf der Linken keinen organisierten politischen Kristallisationskern gegeben. Auf der Rechten stand die 1964 als Sammlungsbewegung organisierte und etwas verbreiterte DRP bereit, den Protest in ihrer Organisation zu kanalisieren. Ihr kam zu Hilfe, daß sie an alte faschistische Einstellungen in bestimmten Regionen und Schichten anknüpfen konnte; daß die kritische ökonomische Situation in Landwirtschaft und Mittelstand in der Entrüstung über die uneingelösten Wiedervereinigungsversprechungen eine Entsprechung fand, die es erlaubte, die für den Mittelstand traditionelle Ummünzung sozialen Unbehagens in nationales Aufbegehren zu wiederholen; daß in Teilen der CDU und insbesondere CSU derartige Einstellungen aus wahlpolitischen Gründen auch zuvor gepflegt worden waren und nicht zuletzt, daß die Gruppen des organisierten Nationalismus und Postfaschismus in der Bundesrepublik in ihren immer neuen Anläufen zur Etablierung ihrer diskreditierten Führer gelernt hatten, daß nicht sie die Gesellschaft würden bekehren können, sondern daß sie sich selbst dominanten konservativen Trends anpassen mußten. Das hieß: die Brechung des Nationalismus mit einem forcierten Antikommunismus (Priorität sollte auch hier die Offenhaltung, nicht die Lösung der Deutschlandfrage haben), eine Absage an Gewaltlösungen und ein grundsätzliches Bekenntnis zu gesetzlicher Ordnung, die Hintanstellung oder rigorose Beschränkung antikapitalistischer Kritik, eine Hinwendung zur europäischen und atlantischen Zusammenarbeit sowie das eifrige, nicht nur taktische Bemühen um parlamentarische Teilhabe. Dieser Lern- und Anpassungsprozeß hatte aber nur einen Teil der postfaschistischen Kader erfaßt und zwar gewöhnlich ihre führenden Elemente, die durch lange Erfahrungen in der Tagespolitik pragmatisiert worden waren. Daneben hielten sich nicht unbeträchtliche Gruppen von „Marschierern“ und „krummen Hunden“, Leute mit extrem autoritären Einstellungen oder der Neigung zum politischen Rowdytum, ideologisch fixierte Nationalsozialisten und andere Phantasten unterschiedlicher Provenienz aus dem Bereich reaktionärer und nationalistischer Ideologien. Diese Gruppen verstand die Hannoveraner Führung der NPD durch ständige Wahlkämpfe in Bewegung und durch die Gesinnungsmassage versierter

nazistischer Propagandisten, mit antisemitischen Anspielungen und ähnlichen Erinnerungen ans Tausendjährige Reich, bei der Stange zu halten <sup>1)</sup>).

#### *Alt-Nazis und Neu-Faschisten*

Diesem geschulten und opferwilligen Traditions-corps der *Postfaschisten*, die es innerparteilich verstanden, die Organisation, Finanzen und Propaganda der Partei in ihren Händen zu halten, gesellte sich im Zuge der für die Funktionäre selbst überraschenden Wahlerfolge seit Herbst 1966 die in sich disparate Masse der protestierenden Rechten bei. Obwohl dieser *neofaschistische Flügel* als Repräsentant der überwältigenden Mehrheit der NPD-Wählerschaft bald auch die Mehrheit der Mitglieder sowie der mittleren und unteren Funktionäre stellte und im wesentlichen der NPD-Landtagsarbeit seine Züge aufprägte, gelang es ihm — Resultat einer Mitläuferbewegung — innerparteilich nicht, die Willensbildung der Gesamtpartei zu bestimmen oder die Organisation in seine Hände zu bringen. Was die Postfaschisten von ihren Voraussetzungen her erst mühsam lernen müssen, war für die gutbürgerlichen, entfremdeten Söhne der Ära Adenauer selbstverständliche Voraussetzung; sie bewegten sich gerade in die umgekehrte Richtung. Sie waren von den Stereotypen des konservativen Pragmatismus enttäuscht, suchten einen ideologischen Halt in der Erweiterung des Antikommunismus zu einer ganz universalen Front gegen alles Emanzipatorische, sie wollten aus der Anpassung heraus, obschon ihnen Rechtsstaat und Parlamentarismus, Westorientierung und Kapitalismus kaum fragliche Voraussetzungen waren. Sie suchten einen neuen, forschenden, dynamischen Aktionsstil und das Heil in der Rückkehr zur gesamtgesellschaftlichen Bewußtseinsintegration der Hochzeit des Kalten Krieges. Einzelne wie *Baßler* und *Kosiegg* machten sich zu Anwälten technokratischer Modernisierung.

Zu einer wirklichen Verschmelzung dieser beiden Flügel zu einer einheitlichen politischen Bewegung ist es in der NPD ebensowenig wie in anderen faschistischen Parteien gekommen. Die Koexistenz der beiden nach Herkunft und Entwicklungsrichtung entgegengesetzten und durch zahlreiche ideologische Nuancierungen und persönliche Rivalitäten noch weiter zersplitterten Flügel ist auch nach der Ausschaltung der nicht der DRP angehörenden Protagonisten der Gründungsfusion stets spannungsvoll geblieben; diese Auseinandersetzungen haben teilweise dazu geführt, daß die Parteiflügel ein verstärktes Bewußtsein ihrer selbst bekamen und auf ihre programmatischen Ausgangsstellungen fixiert blieben. Neofaschisten sträubten sich dagegen, durch alte NS-Ideologen und Propagandisten, insbesondere *Anrieh* und die Journalisten des *Schütz-Verlags-Konzerns*, immer wieder auf die braune Vergangenheit ihrer Partner festgelegt zu werden; andererseits waren sie unfähig zur Integration und Organisation ihrer eigenen Bewegung und blieben insofern von Hannover abhängig. Die Postfaschisten, die sich als solche auch innerparteilich umfassend in der Defensive befanden, setzten die organisatorische Macht ihrer Geschlossenheit, die Talente Thaddenscher Wendigkeit und die Mittel des *Schütz-Verlages* immer dann und erfolgreich ein, wenn die innerparteilichen Gegner an ihren organisatorischen Machtstellungen bzw. an der geschichtsideologischen Richtung der *Schütz-Produktion* zu rütteln versuchten; auf der anderen Seite waren sie ohne die Neofaschisten in einer hoffnungslosen Minderheit und nicht der Rede wert, ja, verdankten gerade diesen ihre neue Macht und Etablierung. Nach außen hin trat die Partei nur mit den verschwommensten Aussagen, vor allem aber mit Gesinnungs-

1) Zur NPD bis 1969 vgl. Reinhard Kühnl, Rainer Rilling, Christine Sager: Die NPD, Struktur, Ideologie und Funktion einer neofaschistischen Partei, Frankfurt 1969; John David Nagle: The National Democratic Party, Right Radicalism in the Federal Republic of Germany, Berkeley — Los Angeles — London 1970; Lutz Niethammer: Angepaßter Faschismus, Politische Praxis der NPD, Frankfurt 1969. Zu ihrer Propaganda insbes.: Heribert Kohl: Die Deutschen Nachrichten, in: Pol. Vierteljahresschrift 8 (1967) H. 2; Friedrich J. Bröder: Ein Sprachrohr des Rechtsradikalismus, Mainz 1969; Hermann Bott: Die Volksfeindideologie, Stuttgart 1969. Zur Vorgeschichte Kurt P. Tauber: Beyond Eagle and Swastika, German Nationalism Since 1945, 2 Bde., Middletown Conn. 1967.

appellen an die Vorurteile ihrer differenzierten Bezugsgruppen auf und verdankte ihre Stellung der Organisation des Protestes gegen die Regierung Erhard und die von ihr herbeigeführten Zustände sowie gegen die „sozialistisch“ kompromitierte CDU der Großen Koalition. Da sich die Partei nicht ohne Grund als Oppositionspartei aus dem Kartell der großen Parteien Gewinn versprechen konnte — ihr letzter Landtagswählerfolg vor der Bundestagswahl war ihr größter und wandte sich in Baden-Württemberg gegen die doppelte Große Koalition in Stuttgart und Bonn — blieb die Distanz zur CDU und damit der innerparteiliche Zusammenhang gewahrt, freilich mehr organisatorisch als in der Aussage, in der sich beide Parteien zum Teil in der Propaganda, vor allem aber in der politischen Praxis zunehmend anglichen<sup>2)</sup>.

*Bundestagswahlkampf 1969: Die CDU gewinnt ihre Integrationskraft zurück*

Mit dem Beginn des Wahlkampfs für die Bundestagswahl im Sommer 1969 verschob sich diese Konstellation. Zwar ging die Partei mit einer nach außen hin für NPD-Verhältnisse erstaunlichen Geschlossenheit in den Wahlkampf und konnte auch dank öffentlicher Wahlkampfkostenerstattung — 1969 rund die Hälfte ihres Neun-Millionen-Parteihaushalts — und dank der Opferwilligkeit ihrer Mitglieder erhebliche Mittel einsetzen, obwohl die erhofften großen Industriespenden ausgeblieben waren. Aber sie traf auf ihre eigenen Grenzen und in der CDU-Wahlkampfführung auf einen veränderten Konkurrenten.

Die eigenen Grenzen bestanden vor allem darin, daß die NPD-Führung, wollte sie sich nicht ganz den disparaten Aussagen der mittleren Funktionäre des neofaschistischen Flügels überlassen, nur über sehr wenig Personal verfügt, das hinreichend reden und diskutieren kann, um einen effektiven Wahlkampf zu führen. Sie war deshalb auf Großveranstaltungen angewiesen, wenngleich dabei auch eine gewisse Eitelkeit und Image-Pflege des Parteiführers mitgesprochen haben mag.“ NPD-Großveranstaltungen waren aber von vornherein relativ stark der Gefahr ausgesetzt, große Gegendemonstrationen zu provozieren und umfunktioniert zu werden. In kleineren Veranstaltungen konnten freilich schon wenige politische Gegner, wenn sie die wenig talentierten NPD-Redner nach der Verlesung ihres Papiers in eine politische Diskussion verstrickten, zu einer Gefahr für den propagandistischen Erfolg werden. Hier wie dort wollte sich die NPD-Führung durch einen *Ordnungsdienst* versichern, daß sie ihrem autoritären Wählerpotential ungestörte Veranstaltungsinszenierungen ohne erzwungene Diskussionen bieten könnte. Dieser Ordnungsdienst, unter dem nachmalig berüchtigt gewordenen Stuttgarter Verlagskaufmann *Kolley* nach militärischem Vorbild zentral aufgebaut, ließ sich jedoch nicht als ziviles Instrument im Sinne des Vorstands einsetzen. Vielmehr wurde er zum Tummelfeld des bisher im Partei-Image verdrängten politischen Rowdytums in der NPD. Hier sammelten sich die Leute, die den Vorwand eines höheren Auftrags oder politischen Sinns suchten, um wieder mal so richtig „rangehen“ zu können, die gern aufmüpfige Diskutanten abschleppen wollten, das Handgemenge suchten, und deren Sucht nach Waffen und Uniformen kaum zu unterdrücken war. Die Bilder dieser Leute, wie sie (in der Polizei-Uniform nachempfundenen Phantasie-Kostümen) Gegendemonstranten niederknüppelten, machten die NPD zur Schlägerpartei und ihren Slogan „Sicherheit durch Recht und Ordnung“ zum Gespött. Entgegen ihrem

2) Für den neofaschistischen Parteiflügel und die Tätigkeit der NPD-Landtagsfraktionen vgl. Niethammer, a.a.O. Kap. III u. IV (hier Beispiele für das Verhältnis von Union und NPD in der parlamentarischen Arbeit). Für Ähnlichkeiten in der propagandistischen Aussage vgl. z. B. Kühnl u. a., a.a.O., S. 298 ff.; Conrad Taler: Mene-telk „Harzburger Front“ — Beispiele der Übereinstimmung zwischen CDU/CSU und NPD, in: Imanuel Geiß und Volker Ullrich (Hrsg.): Fünfzehn Millionen beleidigte Deutsche oder Woher kommt die CDU? Reinbek 1970

Anspruch, Ordnungsfaktor für die nach den Studentenunruhen verunsicherten Autoritären zu sein, etablierte sich die NPD in der öffentlichen Meinung als beständige Provokation und Störfaktor aller Ordnung, was in den Bildern der NPD-Ordner, die in Frankfurt Demonstranten zusammengeschlagen hatten, und der Glaskanzel, hinter der von Thadden nur noch zu sprechen wagte, zum Symbol wurde. Als kurz vor der Wahl in Kassel Kolleys Schüsse fielen, sahen die Postfaschisten ihre Bemühungen um Etablierung durch wohlanständige Anpassung vertan, die Neofaschisten sich nach ihren innerparteilichen Kämpfen gegen Anrich und das „Politische Lexikon“ nun doch unabwendbar mit SA-Methoden identifiziert.

Gegenüber dieser NPD, die sich zur Reproduktion der Erinnerungen an die Straßen- und Saalschlachten der Nazis hatte provozieren lassen und mit ihrem eigentlichen Angebot eines angepaßten Faschismus die Öffentlichkeit nicht erreichte, nahm sich die CDU im Wahlkampf tatsächlich als Ordnungsfaktor staatsmännisch konservativ aus, obwohl nicht wenige und gerade sehr prominente, insbesondere süddeutsche Unionsführer sich in ihrer Wahlagitation jenen Aussagen bis zur Austauschbarkeit näherten, welche -die NPD hätten ins Parlament katapultieren sollen. Nachdem die Regierung der Großen Koalition mit dem Beginn des Wahlkampfes praktisch handlungsunfähig geworden war, polarisierte sich die politische Auseinandersetzung, wobei die CDU alles rechts der Mitte abzudecken versuchte. Mochten auch eine Reihe von Großveranstaltungen *Kiesingers* und *Strauß'* mit ähnlichen Gegendemonstrationen wie die *von Thaddens* konfrontiert sein, so konnte doch das ungleich größere Potential der Union einen sehr viel breiter und dezentralisierter angelegten Wahlkampf führen und die NPD mit den nämlichen Parolen gegen die Aufwertung, gegen die Studenten, und gegen einen Durchbruch in der Ostpolitik, für Ruhe und Ordnung, und mit traditionell nationalem Vokabular an die Wand drücken. Diese neue, relativ geschlossen agierende CDU, noch dazu unter einem Kanzler, der eine höhere NS-Belastung als etwa von Thadden mit dem Habitus des Landesvaters verband, diese Union, die sich in der politischen Polarisierung ungeachtet ihrer Rechtsprofilierung ihrer angestammten Wählerschaft im kirchlichen Milieu, bei der Masse der Vertriebenen, der Bauern und des Mittelstands sicher wußte, konnte besser als die NPD das nationalkonservative Lager ausschöpfen und einen erheblichen Teil des Protests gegen ihre vormalige Politik zurückgewinnen. Freilich hatte ihr die SPD durch die schnelle Überwindung der Rezession und die Wahrung der „sozialen Symetrie“ Voraussetzungen für den Erfolg ihrer Agitation geschaffen: Die in der Krise von 1966 den bürgerlichen Parteien einen Denkkzettel verpaßt hatten, sahen 1969 kaum noch Veranlassung, sich zu den Extremisten zu bekennen. Die NPD blieb draußen. Die sozialliberale Koalition begann. Die CDU/CSU hatte in den Wahlen ihre Stellung aushalten können und fühlte sich in der neuen Rolle als Oppositionspartei in jener Entwicklungsrichtung bestätigt, für die sie im Wahlkampf den Grund gelegt hatte.

#### *Interne Auseinandersetzungen nach der Wahlniederlage*

„NPD-Parole: Widerstand leisten“ — unter dieser Schlagzeile erschien die erste Nummer der *Deutschen Nachrichten* nach der Niederlage in der Bundestagswahl. Die Hannoveraner NPD-Spitze ging in die Verteidigung. Zwar hatten nahezu 1,5 Millionen Bundesbürger für die Neofaschisten votiert — doppelt soviel wie bei der vorausgegangenen Bundestagswahl — aber in und außerhalb der Partei wurde nicht dieser Anstieg gewürdigt, sondern zum Vergleich ihr Abschneiden bei den letzten Landtagswahlen herangezogen. Im Verhältnis zum damaligen Protestboom hatte sie gerade dort am stärksten verloren, wo sie einstmals ihre größten Gewinne verbucht hatte: In Baden-Württemberg verlor sie 5,3% (und behielt nicht einmal die Hälfte ihrer früheren Wählerschaft), in Bremen 4,4%, in Hessen 2,8%, in Niedersachsen 2,4%, in Bayern 2%; ihre schlimmste Niederlage erlitt sie in Nordrhein-Westfalen (3,1%) und in Hamburg

(3,5%), nur das Saarland mit 5,7 % machte eine Ausnahme von diesem Trend. Insgesamt war die Reduzierung der Protestwählerschaft eindeutig die Folge der wiedergewonnenen Prosperität, da die NPD nach wie vor in wirtschaftlichen Krisengebieten ihre größten Erfolge erzielte, doch diese Gebiete waren in den letzten zwei Jahren an Zahl geschrumpft. Der Durchschnitt ihrer verminderten Wählerschaft war älter und ländlicher als zuvor, die ehemals volksparteilich sich ausnehmende Anhängerschaft der NPD auf „Papas Partei“ reduziert. Ein idealer NPD-Wähler war nun ein protestantischer Mann zwischen 45 und 60 Jahren in einem wirtschaftlich zurückgebliebenen ländlichen Bezirk, möglichst seiner Herkunft nach Vertriebener, politisch früher in der NSDAP organisiert, beruflich aus dem landwirtschaftlich-mittelständischen Bereich, möglichst vom Temperament her ein Choleriker. Jedenfalls war die NPD-Wählerschaft durch eine Kumulation von Vergangenheiten, Gestrigkeiten charakterisiert, nichts wie in die Zukunft<sup>3)</sup>.

Diese Entwicklung bedeutete innerparteilich vor allem einen schweren Schlag für den neofaschistischen Flügel. Diese Leute um — einige der prominenteren seien genannt — *Pöhlmann* und *Hermannsdorfer* in Bayern, *Kosieck* und *Baßler* in Baden-Württemberg, *Fischer* in Hessen, vielleicht *Lamker* in Nordrhein-Westfalen verloren mit dem Wahlergebnis, obwohl dieses eher der verfehlten Wahlkampfleitung der Hannoveraner Spitze anzulasten war, gleichwohl ihre Basis. Dabei hatten sie sich schon die schönsten Hoffnungen gemacht: Nur 0,7% mehr hätte die NPD erreichen müssen,» und jene Landeslisten wären zum Tragen gekommen, auf deren vorderen Plätzen Kandidaten placiert waren, die bei einem Erfolg von 5 oder 7% gleichermaßen zu Zweidrittel zum neofaschistischen Flügel tendierten. Die ursprüngliche Ankündigung Thaddens, er werde im Falle einer Niederlage zurücktreten, kümmerte nun die alten Postfaschisten wenig, und als ihnen die Gewerkschaften und der Innenminister des Saarlandes im November noch die Austragung der Differenzen auf einem baldigen Bundesparteitag abnahmen, war die Kontinuität des Apparats gesichert<sup>4)</sup>.

Im Februar 1970 wagte Pöhlmann beim nachgeholtten Parteitag in Wertheim nicht mehr, gegen den Partei-Manager von Thadden anzutreten, denn die Postfaschisten hatten mittlerweile ihre Sprache wiedergefunden, und was immer an Einigkeit im neofaschistischen Flügel vorhanden gewesen sein mochte, war nun in heller Auflösung. Die Hannoveraner Führung wandte wieder denselben organisatorischen Trick an, mit dem sie schon drei Jahre zuvor die erste Parteikrise um Fritz Thielen zu ihren Gunsten entschieden hatte — auch damals übrigens war ihr geholfen worden, Zeit zu gewinnen, indem ihr eine Halle in Nürnberg für einen Parteitag während der akuten Krise entzogen worden war. Thadden kam innerparteilicher Kritik entgegen und verjüngte den Parteivorstand, aber ohne sich von seinen Freunden zu trennen. Einige alte Nazis aus der Gründungsphase wurden abgeschoben, im übrigen die Zahl der Vorstandsmitglieder um fünf auf nunmehr 34 erweitert und eine Reihe von gewöhnlich jungen und unprofilieren Mitgliedern aufgenommen, von denen einige schon in der letzten Phase der DRP zur Thadden-Mannschaft gestoßen waren. Damit kam die Verjüngung nicht den Neofaschisten zugute, und die Sperrminorität der alten DRP-Angehörigen blieb mit 38% konstant<sup>5)</sup>.

3) Erste Wahlanalysen in: Bundesamt für Verfassungsschutz: Jahresbericht über rechtsradikale Bestrebungen 1969, o.O.u.J., S. 13 ff.; für den -wichtigen agrarischen Sektor jetzt: Onno-Hans Poppinga: Neofaschismus und Landwirtschaft in der BRD, Gewerkschaftliche Monatshefte 21 (1970) S. 680 ff.

4) Zu dem Verbot des NPD-Parteitags durch den Saarl. Innenminister auf Grund überzogener gewerkschaftlicher Demonstrationsankündigungen: Der Spiegel 48/1969.

5) Zusammenstellungen des NPD-Parteivorstands 1967—70 in Niethammer, a.a.O., S. 278 f. sowie des in Wertheim 1970 gewählten Vorstands in Deutsche Nachrichten (DN) S/1970. Außer dem zurückgetretenen Berliner Landesvorsitzenden Kendzia waren alle 10 ausgeschiedenen Mitglieder des alten Vorstands durch NSDAP- bzw. SRP-Zugehörigkeit und -Tätigkeit belastet. Die nicht mehr gewählten 4 früheren DRP-Funktionäre wurden durch 4 neue ehem. DRP-Funktionäre ersetzt; hinzu kamen ein früheres NSDAP-Mitglied, ein Angestellter der Kieler NPD-Landtagsfraktion, der frühere Führer einer bayerischen Splittergruppe, zwei Repräsentationsfiguren (ein Kapitän der Bundesmarine und ein Physiker des Karlsruher Atomforschungszentrums) sowie 4 noch kaum profilierte Mitglieder von durchschnittlich noch nicht einmal 24 Jahren.

Aus der Bahn ihres bisherigen schnellen Erfolges geworfen, verloren die Neofaschisten die Nerven. In Niedersachsen versuchten sie, im Strudel des dortigen Abgeordnetenhandels den Anschluß an die CDU zu bekommen; drei der elf Fraktionsmitglieder wandten sich der CDU zu<sup>6)</sup>. Hermannsdörfer, nomineller Referent für Propaganda im Parteivorstand und seit langem im innerparteilichen Kampf gegen die alten Nazis wie Anrieh und die Journalisten des Schütz-Verlages auf ein bundesrepublikanisch angepaßtes Partei-Image festgelegt, setzte auf dem Wertheimer Parteitag alles auf eine Karte und suchte die öffentliche Auseinandersetzung mit seinen Gegnern, was ihm das autoritäre und angeschlagene Parteivolk, dem Einheit über alles geht, nicht dankte, wie immer es zum Inhalt seiner Forderungen stehen mochte, die zuvor vorübergehend der ganze Bayerische Landesverband, unterstützt hatte. Noch auf dem Parteitag legte er alle seine Ämter nieder, bald darauf schied er aus, konnte jedoch mit der Neugründung einer Splitterpartei nicht einmal das Ohr der Öffentlichkeit erreichen<sup>7)</sup>.

Abgeschnitten von der Möglichkeit, sich innerparteilich gegen die Postfaschisten durchzusetzen, meinten die prominenteren neofaschistischen Fraktionsmitglieder auf der ihnen verbliebenen Bühne in den Landtagen durch besonderen Eifer und die heftigste Sprache, die seit langem in deutschen Parlamenten geführt worden ist, doch noch einen Durchbruch in die Öffentlichkeit erzwingen zu können. Dabei blieben sie auf ihrer Linie: die vehemente Agitation gegen alles, was links von ihnen stand, mit Verfassungsbekanntnissen, technokratischen Modernisierungsvorschlägen und betont parlamentarischem Eifer, wenn auch ohne parlamentarischen Stil, zu verbinden. Die Stuttgarter NPD-Fraktion ging dem Ministerpräsidenten mit ihren heftigen Forderungen zur Repression der studentischen Linken voran. Baßler überschüttete den Landtag mit einer Unzahl von Initiativen, die von der Forderung nach Aufstellung eines Landesradwegplanes bis zum Wunsch nach Verhinderung der neuen Ostpolitik durch Einsprüche des Bundesrates reichten. Er nannte *Webner* einen „Spießgesellen von Mordbanditen“; *Fischer* warf der hessischen SPD vor, ihren Ministerpräsidenten in den Schlaganfall getrieben zu haben<sup>8)</sup>. Doch diesem stillen Aufbegehren gegen den eigenen Untergang verweigerten die anderen Landtagsfraktionen nun doch ihre Kollegialität, ein Hagel von Ordnungsrufen und Ausschlüssen antwortete nun den Pöhlmann, Fischer, Baßler, *Mußgnug* und anderen Störenfriede. Baßler, ein IBM-Vertreter und einer der wenigen kompromißlosen Gegner faschistischer Kapitalismuskritik in der NPD, trieb es schließlich so weit, daß sich die eigene Fraktion von ihm distanzieren mußte, was mit so heftigen innerparteilichen Querelen verbunden war, daß auch der junge Agrarspezialist *Krause* der Stuttgarter Fraktion angewidert den Rücken kehrte<sup>9)</sup>. „Pistolen-Fischer“ wurde von seiner eigenen Fraktion in Hessen zur Niederlegung des Vorsizes gezwungen, weil er sich durch die Fluchthilfe für den Kasseler Schützen Kolley zu sehr diskreditiert habe; daß man genau dieselben Vorwürfe auch gegen von Thadden hätte erheben können, wurde übergangen<sup>10)</sup>. Nach Hermannsdörfers Abgang aus dem Bayerischen Landesverband wurde auch in Nordrhein-Westfalen und in Hessen die Landesprominenz durch willfährige Elemente abgelöst. Pöhlmann, der präsumtive Nachfolger von Thaddens, der sich in Wertheim zur Gegenkandidatur nicht hatte aufrufen können und deshalb in der Partei als brüllender „Gummilöwe“ abgestempelt wurde, wurde von den Hannoveranern der Lächerlichkeit preisgegeben.

6) Die Abg. Hass, Jähde und Stuhldreher; nach der Niederlage bei der Bundestagswahl waren eine ganze Reihe von Parteiaustritten bei mittleren und unteren NPD-Funktionären zu verzeichnen; noch mehr zu scharren machte der Partei jedoch die Inaktivität vieler Funktionäre, die etliche Kreisverbände nahezu zum Erliegen brachte.

7) Der Spiegel 7/1970 u. 9/1970; DN 31/1970.

8) DN 6/1970 u. 8/1970.

9) Nachdem der völlige Zerfall dieser letzten Bastion drohte, nahm die Stuttgarter NPD-Fraktion am 10. 1. 1971 „unter souveräner Mitwirkung des Parteivorsitzenden v. Thadden“ (DN 3/1971) Baßler wieder in ihre Reihen auf, freilich nicht ohne ihm und Stöckicht, dem anderen Scharfmacher, eine Rüge ausgesprochen zu haben. Der konziliante Krause hingegen wurde vollends ausgeschlossen.

10) DN 30/1970.

Dafür zwei Beispiele: In der Neujahrsnummer 1970 der *Deutschen Nachrichten* gab von Thadden in einem Programm-Artikel („Die konservative Revolution“) wieder einmal zu verstehen, daß er sich als wohlwollenden Wegbereiter der Nationalsozialisten verstehe. Der Gegenartikel seines Stellvertreters Pöhlmann („Nationale Opposition nötiger denn je“) plädierte hingegen, bei nur mäßiger Kritik an der Union, für eine Koalition mit der CDU/CSU in den Ländern, um über den Bundesrat die neue Ostpolitik, die als „Morgenthau-Plan im Quadrat“ und neues Versailles ähnlich wie vom CSU-Vorsitzenden charakterisiert wurde, zu verhindern. Die Redakteure schoben diesen Artikel nicht nur auf Seite 13 des Blättchens, sondern ließen in der folgenden Nummer auch noch den potentiellen Koalitionspartner *Franz Josef Strauß* als „dröhnendes Nichts“ bezeichnen, in den Hoffnungen als nationalen Führer zu setzen eitel sei.

Im Herbst vergangenen Jahres nahmen die Neofaschisten einen neuen Anlauf, als das „Politische Lexikon“ (weniger eine Fundgrube der NPD-Anhänger als ihrer Gegner, und eines der größeren Verlagsprojekte des Schütz-Konzerns) von seinem Redakteur *Dieter Vollmer* (ein im Nationalsozialismus, in faschistischer Emigration und in rechtsradikalen Verlagen bewährter Journalist) um eine neue Serie erweitert werden sollte. Darin wird eine Umdeutung der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts in Chronologieform versucht; die ersten Lieferungen behandelten Teile der NS-Zeit und hielten, was sich die Schütz-Gemeinde von ihnen erwartet haben mochte. Wie einst Hermannsdörfer zog nun Pöhlmann zu Felde, konnte aber nur erreichen, daß die neuen Lieferungen nicht mehr parteioffiziell, sondern unter Verfasserangabe erschienen. Zugleich schrieb er einen umständlichen Artikel für die *Deutschen Nachrichten* „Status und Funktion der NPD“, in dem nach längeren verfassungsrechtlichen Erwägungen schließlich herauskam, daß die Aufgabe von Parteien in praktischer Politik und nicht in Geschichtsideologien bestünden. Ungerührt brachten die Redakteure auf Seite 10 einen Vorabdruck aus dem neuen Rehabilitationshandbuch („Politisches Geschehen im 20. Jahrhundert“), auf Seite 14 ließen sie den Gewerkschaftsspezialisten des Parteivorstands und ehemaligen DAF-Obmann *Knüpper* eine Breitseite gegen neofaschistische Sezessionisten wie Hermannsdörfer oder *Golles* abfeuern, und zwei Nummern später begannen sie auch noch mit einer Vorabdruckserie eines neuen Buches (versteht sich: des Schütz-Verlages) des bewährten SS-Journalisten *Erich Kernmayr*, worin Hitler die lange ersehnte staatsmännische Würdigung zuteil wird. Wieder drei Nummern später bekam der stellvertretende Parteivorsitzende Pöhlmann noch einmal eine und die bisher kräftigste Ohrfeige, als *Peter Kleist* (auch er wie Kernmayr langjähriger Redakteur des Schütz-Verlages und ehemaliger *Ribbentrop-Mitarbeiter*) sich gegen „solche Käuze“ wandte, die einer Partei verbieten wollten, das Geschichtsbild und damit die Gesinnung ihrer Anhänger und des Volkes zu gestalten. Ein anderer DN-Journalist, diesmal der jungen Generation, stieß in der nächsten Nummer noch einmal nach, indem er das Hitlerbuch Kernmayrs bejubelte<sup>11)</sup>.

Angesichts dieser vollkommen zerfahrenen inneren Lage der Partei, der Übernahme des Großteils ihrer potentiellen Wählerschaft durch die CDU/CSU und des Verfalls des neofaschistischen Flügels gegenüber dieser doppelten Konkurrenz griff die Hannoveraner Führung des DRP/NPD-Apparats auf altbewährte Mittel zurück, um ihre Mannen wieder in Reih und Glied zu bringen. Ähnlich wie nach der großen DRP-Krise Anfang der sechziger Jahre hetzte von Thadden die NPD in ausnahmslos alle Wahlkämpfe des Jahres 1970, die samt und sonders die innerlich und materiell ausgebrannte Partei nur noch in Bewegung, aber zu keinem Erfolg mehr führen konnten. Überall verlor sie gegenüber der Bundestagswahl noch weiter, im größten Bundesland Nordrhein-Westfalen

11) Vgl. DN 52/1969 (v. Thadden), DN 1/1970 (Pöhlmann) und DN 2/1970; Dieter Vollmer: Politisches Geschehen des XX. Jahrhunderts, 1. Lieferung 1931—1936, Bd. 4, Hannover 1970; dazu DN 36/1970, S. 3, 10 u. 14; DN 38/1970 (Kern), DN 41/1970 (Kleist) u. DN 42/1970 (Sudholt über Kern). Ähnlich wurde ein Vorstoß der süddeutschen Fronde gegen ihren alten Widersacher Anrich (vgl. Niethammer, a.a.O., S. 79 ff.) vereitelt. Sie setzte einen lebenswürdig verklausulierten Verriß von Ernst Anrich: Was haben wir nötig, um diese Krise zu bestehen, Seeheim 1968 (eine ausgewählte Form seiner parteiideologischen Grundlegung vom Karlsruher Parteitag 1966 „Mensch—Volk—Staat—Demokratie“) im Parteiblatt durch, in dem die unverständliche Schreibweise und mangelnde wissenschaftliche Begründung der Arbeit des Parteiideologen kritisiert und zu einer Umdeutung des Parteinamens in „Volksdemokratie“ bemerkt wurde: „Wollte man hier Anrich folgen, dürfte man nicht von Demokratie sprechen, sondern müßte sich der Vokabel »Ethnokratie« bedienen. Anrich versucht, in den Begriff Demokratie Dinge hineinzudeuteln, die sich zumindest aus dem Grundgesetz nicht ableiten lassen.“ (Karl Ludwig Bayer: Konservative Erneuerung, in: DN 48/70). Thadden antwortete mit der Neuauflage einer etwas gemilderten und gekürzten Fassung der prekären Auslassungen in einer neuerlichen vom Parteivorstand herausgegebenen Broschüre seines Professors Ernst Anrich: Gedanken zum Programm der NPD, Richtige Ziele bedürfen keiner Änderung, Hannover 1971 (vgl. auch unten Anm. 33).

näherte sie sich mit 1,1 % dem Strom des Vergessens. Immerhin hatte sich solche Betriebsamkeit auch einst bei der DRP als Konditionstraining des Apparats vor dem Umschwenken auf eine neue Taktik bewährt, durch die das Überleben eben dieses Apparats durch seine Einbringung in eine scheinbar überparteiliche Sammlungsbewegung gesichert werden sollte. Nachdem zunächst die Losung ausgegeben wurde, daß sich die NPD-Führung nichts vorzuwerfen habe, vielmehr ihre Mißerfolge den anderen Parteien und dem Wähler anzulasten seien und daß deshalb Widerstand, d. h. Zusammenhalten und außerparlamentarische Aktion, geboten sei, war im Sommer 1970 erneut der Punkt erreicht, an dem die Parole nur noch „Sammeln und Überwintern“ heißen konnte.

*Nach altem Muster eine neue Sammlungsbewegung: „Aktion Widerstand“*

Die Geschichte des organisierten Nationalismus und Postfaschismus in der Bundesrepublik läßt sich als ein Potpourri der Sammlungen und Sezessionen unter einer Unzahl von Splitterparteien und Miniaturpublikationsorganen beschreiben; die größte der kleinen war meist die DRP; bei wechselnden Vorsitzenden hieß ihr Manager seit Anfang der fünfziger Jahre fast stets von Thadden. Er entwickelte eine besondere Spielart rechtsradikaler Sammlungen, die wir „Aufsammeln“ nennen wollen. Sie besteht darin, daß seine Organisation in immer wiederkehrenden Anstrengungen versuchte, sich um die Versprengten einer gescheiterten nationalistischen oder Rechts-Strömung zu verbreitern. Auch wenn eine politische Richtung gescheitert bzw. im großen Magen der Union aufgegangen war, blieben Menschen übrig: Wenn ihnen der Absprung nicht geglückt war, wenn sie aus anderen Gründen einen besonderen Widerstand gegen die Union empfanden, wenn sich mit ihrer politischen Arbeit ihr geschäftliches Interesse verbunden hatte, oder wenn sie einfach die politische Entwicklung nicht erfaßten, den Trend zu spät erkannten oder als Funktionäre zu sehr mit einer Sache identifiziert waren. Für sie alle schuf von Thadden in regelmäßigen Abständen einen Hort bei seiner Organisation, die durch solche Mitläufer ihren kontinuierlichen Kern und Apparat wahren konnte; sie organisierte das „*time lag*“. Wenn die Versprengten nur halbwegs konservativ und/oder nationalistisch aussahen, nahm man es mit der Sache nicht so genau, sondern stellte — eine Standard-Parole rechtsradikaler Sammlungen — alles Trennende zurück (freilich nur soweit es Inhalte, nicht aber Organisationsfragen oder Personen betraf).

So organisierte die DRP 1953 die alten Nazis, nachdem die SRP mit ihrer größeren Vorbild-Treue gescheitert und die Masse der NS-Mitläufer in die großen Parteien integriert worden war. Nachdem sich der Neutralismus als größere politische Strömung 1955 an NATO und Deutschlandvertrag gebrochen hatte, schwenkte die DRP für einige Jahre auf einen neutralistischen Kurs über. Seit sich 1958 Auflockerungen im Kalten Krieg zeigten, steuerten von Thadden und die Schütz-Gruppe in der DRP gegen den Neutralismus und machten sich zu hochkonservativen Aposteln des Antikommunismus. Als 1962 *de Gaulle* auch bei seinen konservativen Anhängern in Deutschland wegen seiner nationalstaatlichen Interessenpolitik ins Zwielflicht geriet, weil diese für Deutschland keinen Vorteil versprach, und ihm von einer weiteren Öffentlichkeit Verrat an Europa angelastet wurde, propagierte von Thadden mit seiner Rumpfpartei den deutschen Gaullismus. Mitte der sechziger Jahre, bei der Gründung der NPD, ging es nicht einmal mehr um eine derartige ideologische Strömung, sondern nur noch darum, eine Serie von Funktionärskadern kleiner, im Absterben begriffener Parteigruppierungen mit gewöhnlich hoher NS-Belastung in einer Fusion das Überleben zu sichern. Angesichts von Rezession und Studentenunruhen sammelten die Neofaschisten, was aus Angst vor Reformen und sozialer Emanzipation am lautesten nach Polizei und Protektionismus schrie. Hier agierte sie freilich im Unterschied zur DRP als Wahlpartei gegen die in die große Koalition gebundene Union synchron zu den Ereignissen — es war auch ihr einziger Erfolg. Das

organisatorische Aufsammlen hingegen hatte zwar regelmäßig die Weiterexistenz der Organisation der DRP/NPD ermöglicht, ihr aber keinen Erfolg gebracht<sup>12)</sup>.

1970 war die klassische Konstellation wieder eingetreten. Der politische Erfolg der Organisation war dahin, gleichwohl hatte sich der Apparat gegen innerparteilichen Widerspruch erhalten können. Die ostpolitischen Entscheidungen der Bundesregierung haben das Land unwiderruflich in die internationalen Spannungsbemühungen eingeordnet und mit dem Abbau des Nicht-zur-Kenntnis-nehmen der tatsächlichen Ergebnisse der nationalsozialistischen Politik für Deutschland begonnen. Die Union, die einst den erforderlichen Schritt aus der Kontinuität Adenauerscher Politik nicht gewagt hatte, hatte in der Bundestagswahl 1969 und den Landtagswahlen seither mit markig national-konservativer Agitation all diejenigen um sich geschart, die aus speziellen persönlichen Voraussetzungen sich besonders schwer taten, die neue Politik zu akzeptieren oder die aus gesellschaftlichen Gründen die innenpolitischen Rückwirkungen, insbesondere den Abbau antikommunistisch-formierender Reformfeindschaft, ablehnten. Zugleich vermied sie als Gesamtpartei jegliche politische Festlegung, weil die grundsätzliche Einsicht in die Notwendigkeit eines ostpolitischen Arrangements auch in den Reihen ihrer eigenen Führung seit langem wächst und weil das Vorgehen der Bundesregierung in Presse und Bevölkerung weit populärer ist als etwa Adenauers westpolitische Entscheidungen zu der Zeit waren, als sie fielen.

Auf dem rechten Flügel des politischen Spektrums blieben also wieder diejenigen, die organisatorisch darauf festgelegt waren, nicht mit der Union zusammenzugehen, bzw. von dieser abgelehnt wurden, sowie der Kreis jener Versprengten, die zwar die gemeinsame Agitation der Union und der NPD gegen die Ostpolitik teilten, jedoch die taktischen Erwägungen, die dabei wichtige Exponenten der CDU/CSU leiteten, erkannten und deren ambivalente Politik oppositioneller Integration bei offen gehaltener Option für Verrat an der Sache hielten.

Seit Mitte 1970 tauchte die Formel vom Widerstand, den die NPD formiere, und mit der der Vorstand die Wahlschlappe vor dem Parteivolk hatte kaschieren wollen, in den *Deutschen Nachrichten* immer häufiger auf<sup>13)</sup>. Zugleich trat dort die außenpolitische Agitation ganz in den Vordergrund; Wortführer waren von Thadden (z. B. mit einem offenen Brief an *Kossygin*) und Kleist (z. B. mit einem offenen Brief an *Cyriankiewicz*<sup>14)</sup>). Unterstützt wurde diese Linie auch von einer Reihe von Studenten, die sich mit einem neuen NHB-Vorstand auf die Adaption der Methoden der studentischen Linken für die rechte Agitation und auf eine aggressivere antikommunistische Linie festgelegt und die Forderung nach verstärkter ideologischer Grundlagenarbeit erhoben hatten. Während Pöhlmann die NPD als dritte Partei im parlamentarischen System sehen wollte und das Wort Widerstand nicht erwähnte, widersprachen ihm die mit Hannover kooperierenden Studenten: Es gäbe keine Aussicht auf Neuwahlen und auf einen Regierungssturz, weil dieser in unserem Regierungssystem kaum zu bewerkstelligen sei; insofern sei von parlamentarischer Wirksamkeit kein politischer Einfluß auf die Ostpolitik zu erwarten, deshalb müsse die NPD in den Widerstand gehen, sich als nationalistische APO verstehen<sup>15)</sup>.

Die CDU und CSU wurden nun heftig bekämpft, weil sie die Grundlagen der neuen Ostpolitik gelegt hätten und mit ihrem nationalen Wahlrummel keine nationalen Ziele verbänden. SPD und FDP wurden einhellig einer systematischen Diffamierung als „Tür-

12) Vgl. zur Geschichte der Sammlungen des organisierten Nationalismus in der BRD ausführlich Tauber, a.a.O., Bd. 1, Teil 3 u. 5, sowie zusammenfassend Niethammer, a.a.O., S. 32 ff.

13) Schon unmittelbar nach der Bundestagswahl verteidigte sich der Parteivorstand offensiv: „Wir haben uns keinen Vorwurf zu machen. Jetzt gilt es, Widerstand zu leisten.“ (DN 40/1969). Seit Anfang August 1970 (DN 32/1970) wurde ‚Widerstand‘ dann zum Leitbegriff der NPD-Propaganda.

14) DN 34/1970 u. 27/1970.

15) Vgl. DN 24/1970, 26/1970.

öffner" des Bolschewismus unterzogen, die SPD häufig aber auch gleich in eine Linie mit dem Kommunismus gestellt<sup>16</sup>). In eintöniger Regelmäßigkeit verkündete nun das Parteiblatt, daß die Bundesregierung die deutsche Nation „verraten" habe und insofern nicht nur einen fiktiven Landesverrat, sondern einen tatsächlichen Verfassungsbruch, nämlich der Präambel des Grundgesetzes, begangen habe. Demgegenüber sei Widerstand geboten, ein Widerstand, der sich zum Anwalt eben dieses Vorspruches der Verfassung macht (der stillschweigend mit der Verfassung gleichgesetzt wurde), und der zugleich die Wiederherstellung nicht etwa des guten alten Rechts, sondern der guten alten Rechtsansprüche bezwecke: Restauration der Fiktionen.

Mitte August 1970 verbreitete die NPD einen „Aufruf zum Widerstand", in dem es abschließend hieß:

„Ober alle Parteigrenzen hinweg rufen die Nationaldemokraten auf zum Widerstand gegen den Moskauer Unterwerfungsvertrag. Die NPD appelliert dabei auch an jene Kräfte in anderen Parteien, insbesondere jene in der CDU/CSU und der FDP, die diese Gefahr für Deutschland genauso einschätzen und deswegen bereit sein müssen, dieser Politik gleich uns entschlossenen Widerstand entgegenzusetzen! — Formiert den Widerstand!"<sup>17</sup>)

Am 30. 9. versandte von Thadden ein Organisationsrundsreiben, das eine Großkundgebung einer noch gar nicht existenten Organisation ankündigte, nämlich der „*Aktion Widerstand*". Darin wurde verordnet, daß „zentrales Ziel" der NPD der Kampf gegen den Moskauer Vertrag sei: „die NPD wird diesen Unterwerfungs- und Verzichtsvertrag mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen". Unter Hinweis auf den Aufruf des Parteivorstands zur Sammlung über die Parteigrenzen hinweg wurde eine Großkundgebung der „*Aktion Widerstand*" für Ende Oktober in Kassel angekündigt, denn man sei der Auffassung, „daß ein solcher Kongreß mit einer breiten Publikumswirkung auch für die Wahlkämpfe in den beiden Ländern (Bayern und Hessen) durchaus nützlich sein würde." Die Parteisammlung über die Grenzen hinweg wurde sogleich als taktische Finte entlarvt, denn: nur die NPD biete „echte Opposition". Die NPD-Landesverbände wurden zur generalstabsmäßigen Vorbereitung der Kundgebung eingesetzt, von der NPD das Propagandamaterial und die Einladungsschreiben beschafft, die insbesondere an örtliche Vertriebenenorganisationen, die Landjugend und geeignete Einzelpersonlichkeiten ohne NPD-Absender zu verschicken waren. Die Teilnehmer der Großkundgebung sollten am folgenden Tag „zu einem Großeinsatz für die hessischen Landtagswahlen zur Verfügung stehen"<sup>18</sup>).

#### *Organisation und Entwicklung der „Aktion Widerstand"*

Eilig wurde nun das Versäumte nachgeholt und die Sammlungsbewegung ins Leben gerufen, und zwar mit einer für DRP/NPD-Sammlungen besonders kennzeichnenden Rechtsform. Am 5. 10. 1970 trafen sich in der Kanzlei des Parteianwalts Dr. *Huber* in München neun Personen, für eine weitere wurde eine Vertretungsvollmacht vorgelegt. Das zunächst auffälligste Merkmal der Versammlung war der erstaunliche Altersunterschied ihrer Teilnehmer: vier von ihnen waren im Durchschnitt über 65 Jahre alt, die sechs übrigen jedoch etwa 25 Jahre. Es war von Thaddens neue Koalition aus dem NPD-Parteivorstand. Von den alten hatten außer *Linus Kather* alle höhere Funktionen im

16) Schlagzeilen der DN lauteten 1970 u. a.: „Ganz Deutschland unter roten Herren. In Bonn, Pankow und Wien regieren jetzt die Sozialisten" (11/1970); „Stalin siegte in Erfurt" (13/1970); „Brandt — der Schatten Kerenskys" (21/1970); „Ganz Deutschland verraten! Verzicht auf deutsche Einheit. Die Unterschrift: — ein Verfassungsbruch" (34/1970); „Der Verrat an Deutschland" (28/1970); „Das Fest unserer Kapitulation — Kollege Scheel unterschreibt Super-Versailles in festlichem Rahmen" (31/1970); „BdV: Bund der Verratenen" (36/1970); „Auch die CDU auf Moskau-Kurs" (37/1970); „Der Verrat der CDU bahnt sich an" (44/1970); „Der Aufstand des Gewissens — Widerstand" (45/1970); „Der Bußtag-Vertrag ist null und nichtig!" (48/1970); „Die CDU/CSU fällt um!" (49/1970) und schließlich: „Parole 1971: Nationaler Freiheitskampf — Widerstand gegen den Nationalverrat" (1—2/1971).

17) NPD-Flugblatt „Aufruf zum Widerstand".

18) NPD-Parteivorstand, Rundsreiben Org. 8/70 v. 30. 9. 1970.

Dritten Reich innegehabt; Kather selbst ist (als ein ausgedienter Vertriebenenfunktionär) einer der wenigen, die nach langjähriger CDU-Funktionärstätigkeit am Ende doch die Integrationspolitik der Union nicht mitmachen wollten. Die jungen dagegen sind überwiegend Studenten. Wichtiger als dies war jedoch, daß neben Schütz selbst weitere fünf ständige Mitarbeiter der beiden bei Schütz verlegten Zeitungen mit der Hannoveraner Apparatführung finanziell verbunden waren; daneben standen ein Bundesvorstandsmitglied der NPD (Jugendreferent *Rau*) und zwei Repräsentanten NPD-naher Schüler- und Studentenvereinigungen<sup>19)</sup>.

Dieses Gefolge des NPD-Apparats gab sich diskussionslos nach Gründung als eingetragener Verein eine von Huber vorbereitete Satzung und wählte jeweils einstimmig *Peter Kleist* zum Vorsitzenden sowie die beiden Studenten *Gerd Sudholt* zum Schriftführer und *Gerald Gollob* zum Schatzmeister. Gollobs Studentenbude in München wurde der Briefkasten des Vereins; außer Schütz, dem eigentlichen Zentrum des Vereins, wohnen alle Mitglieder in München und Umgebung. Kernpunkt der Satzung sind Bestimmungen über Mitgliedschaft und Finanzen. Individual-Mitglieder können nur die zehnjährigen Gründungsmitglieder werden; daneben sind nur Organisationsmitgliedschaften von Parteien, Heimatvertriebenenverbänden, Studentenverbänden, Verlagen und ähnlichen Organisationen „im vorpolitischen und vorparlamentarischen“ Raum vorgesehen. Über die Aufnahme von Mitgliedern soll der dreiköpfige Vorstand nach freiem Ermessen entscheiden; das Stimmrecht der Mitglieder war nicht geregelt; offenbar sollten Organisationen auch jeweils nur eine Stimme wie die Gründungsmitglieder erhalten, wodurch die Durchsetzungsfähigkeit der Schütz- und NPD-Gruppe jederzeit gewährleistet war. Ein Mitgliedsbeitrag wurde von dem Verein nicht erhoben, der sich vielmehr durch Spenden finanzieren wollte. Diese Konstruktion machte die „Aktion Widerstand e. V.“ zum Musterbeispiel einer leicht zu handhabenden Scheinfirma.

Dieser Verein formulierte einen Aufruf, in dem die bereits zitierten Parolen von Verrat und Widerstand durch einen hysterischen Antikommunismus verschärft waren, der sich gegen „eine rechts- und verfassungswidrige und in der Tendenz pro-bolschewistische Parteienpolitik“ und eine „schleichende marxistische Revolution in unserem öffentlichen Leben“ wandte und in dem bezeichnenden, ebenso apodiktischen wie begründungslosen Satz gipfelte: „Deutsche Demokraten sagen Nein!“<sup>20)</sup>.

Dieser Aufruf war nun freilich nicht von den Mitgliedern der „Aktion Widerstand e. V.“ noch gar von der NPD unterschrieben. Von den Gründungsmitgliedern unterzeichnete nur der Schütz-Journalist Kleist im Auftrag der Aktion, Linus Kather für eine „Aktion Deutschland e. V.“ genannte ähnliche Vertriebeneninitiative, Andreas Rau für die „Jungen Nationaldemokraten“, sowie die beiden Vertreter der sympathisierenden Jugendorganisationen. Neu hinzugekommen waren zwei Vertreter des „Deutschen Kulturwerks europäischen Geistes“ des SA-Lyrikers *Herbert Böhme*, dessen kulturelles Image ihm schon häufiger zur Rolle eines Katalysators rechtsradikaler Sammlungen verholfen hatte; sein Jugendreferent unterschrieb als Organisationsleiter der „Arbeitsgemeinschaft volkstreuere Verbände“, eine weitere Sammelstelle nationalistischer Splittergruppen. Neu und von einer gewissen Bedeutung war auch die Hinzuziehung von *Bernhard C. Wintzek* vom sogenannten „Aktionskreis MUT“, einer jungen Gruppe intellektueller Nationalisten, der auch ein gleichnamiges Monatsmagazin „für das Selbstbestimmungsrecht und die Interessen unseres Volkes“ im Schütz-Konzern herausgibt. Der Rest wurde mit NPD-Personal gefüllt: Aus der Münchener NPD kam deren Funktionär *Erwin Arlt*, der als Bundesvorsitzender der „Aktion Oder-Neiße“ (AKON) unterschrieb;

19) Protokoll der Gründung der „Aktion Widerstand e. V.“ v. 5. 10. 1970. (Anwesend waren Peter Kleist, Erich Kernmayr, Waldemar Schütz, Andreas Rau, Henning Jade, Gerd Sudholt, Gerald Gollob, Heinz Maurus, Wulf Dieter Burwitz.) Satzung der „Aktion Widerstand e. V.“ v. 5. 10. 1970.

20) Flugblatt der Aktion Widerstand „Einladung! Widerstand“ für die Gründungskundgebung in Würzburg am 31. 10. 1970.

Altnazi *Arthur Ehrhardt* von der Zeitschrift *Nation Europa*, einem Zentralorgan faschistoider intellektueller Diskussion aller Altersgruppen, war schon deshalb mit von der Partie, weil sich Schütz seit einigen Jahren in seinen Verlag eingekauft hat. *Lutz Küche* zeichnete als Vorsitzender des „Nationaldemokratischen Hochschulbunds“, der Berufsvertriebenen-Pastor *Werner Petersmann*, Spitzenkandidat der NPD bei der Bundestagswahl 1969 in Niedersachsen und regelmäßiger Mitarbeiter der *Deutschen Nachrichten* und der *Deutschen Nationalzeitung* repräsentierte schlicht als „Professor“, der Kölner NPD-Mann *Hagen Eberhard Mörig*, der eine Jugendzeitschrift *Neuer Aufbruch* redigiert, für den NPD-nahen „Freundeskreis für Jugendarbeit“. Zählt man das zusammen, so waren neun der dreizehn Unterzeichner in der NPD oder im Rahmen des Schütz-Konzerns tätig. Die vier restlichen repräsentierten NPD-nahe Kultur-, Schüler- und Studentenvereinigungen. Sibyllinisch stand unter dieser Liste, daß „zahlreiche andere Organisationen und Persönlichkeiten“ unterzeichnet hätten, worunter wohl die NPD-Parteiverbände zu verstehen waren, auf die jedoch gemäß von Thaddens Anweisung mit keinem Wort hingewiesen worden war. Dieser Umstand erregte auch alsbald Widerwille in den bekenntnisfreudigen Kreisen der unteren NPD-Gliederungen, die wieder einmal von Thaddens Überlebenstaktik falsch verstanden und die Sache ernst genommen hatten. Thadden fertigte sie kurz ab. Auf die Frage, warum der Parteivorsitzende den Widerstandsaufbruch nicht unterschrieben habe, antwortete er nur: „Dies hatte seinen guten Grund. Statt dessen waren jedoch die drei Würzburg betreffenden Organisationsrundschriften an alle Verbände vom Parteivorsitzenden unterschrieben. Dies muß für die NPD genügen! Der Parteivorstand erwartet stärkste Beteiligung der Verbände an der Kundgebung in Würzburg und nachfolgenden Einsatz bei den Hessenwahlen“<sup>21)</sup>. Entsprechend arbeitete der Apparat. Die NPD-Verbände bekamen für die von Kassel nach Würzburg verlegte Veranstaltung konkrete Anweisungen über Einladungsprozedur, Plakatierung, Verlauf der Kundgebung, nachfolgenden Wahleinsatz etc. Dasselbe Ritual folgte auch bei der zweiten Großveranstaltung, dem sog. „Marsch auf Bonn“ der „Aktion Widerstand“ am 12. 12. 1970. Wieder verordnete von Thadden:

„Alle Verbände der Partei müssen und sollen sich mit allen zur Verfügung stehenden Fahrzeugen an dieser Aktion beteiligen. Diese muß durch unsere Hilfe zu einer eindrucksvollen Großdemonstration gegen den Schandvertrag von Warschau werden... Zur Dekoration der Fahrzeuge geht den Landesverbänden das nötige Material in den nächsten Tagen zu.“<sup>22)</sup>

Ein erster Etablierungserfolg gelang der Aktion Widerstand schon vor ihrer Würzburger Versammlung, als sich die eingeladenen *Strauß* und *Zoglmann* nur aus Termingründen und nicht wegen inhaltlicher oder organisatorischer Distanzierung entschuldigen ließen, sich also abwartend verhielten. Auf der Veranstaltung selbst rollte eine große Inszenierung vor großem Publikum ab<sup>23)</sup> — das Konditionstraining der Funktionäre hatte gewirkt.

5000 Menschen, darunter zu einem guten Teil die aufgebotenen Jugendverbände, kamen schnell in hitzige Stimmung; für Symbole war gesorgt: den Aufruf der Versammlungsleitung machten emporgereckte Hände zum Schwur, die durch Herausrecken des Daumens Churchills V-Symbol des Sieges über Deutschland in ein W-Symbol umfunktionierten; das für ehemalige Nationalsozialisten bisher so schreckliche Wort Widerstand wurde in der Umdrehung widerstandslos geschluckt, versüßt durch ein W-Signet, das wie eine umgekippte SS-Rune aussah und das Fremde vertraut machte.

Kleist durfte sozusagen als Spezialist — er hatte einst den Hitler-Stalin-Pakt mitausgehandelt — die Tagung eröffnen und entledigte sich dieser Pflicht mit seiner unter Rechtsradikalen gesuchten eleganten Rabulistik. Koexistenz buchstabierte er K.O.-Exi-

21) NPD-Parteivorstand, Rundschriften Org. 10/70 y. 21. 10. 1970.

22) NPD-Parteivorstand, Rundschriften Org. 11/70 v. 30. 11. 1970.

23) Vgl. DN 45/1970. Die Würzburger Reden sind in der Broschüre zusammengestellt: Widerstand, der Schwur von Würzburg, mit einem Vorwort von Erich Kern, Hannover 1970.

stanz, Bahr interpretierte er mit „der erstaunlichen Erscheinung eines Volkes von Besiegten mit einer Regierung der Befreiten. Die Befreiten verpassen den Besiegten . . . heute die endgültige Unterwerfung.“ Aber schon am Anfang dieser Tagung machte er klar, daß es nur parteitaktisch um Widerstand gehen könne, außenpolitisch müsse es sich um eine aggressive Linie handeln: die Politik der Stärke. „Die Polen und die Juden und auch Konrad Adenauer haben dieses Prinzip meisterhaft gehandhabt.“ Wieder einmal zog er bruchlose Parallelen zu Versailles und fragte verständnislos: „Revision, warum wird dieses Wort so verteufelt? ... Wer heute nicht das Super-Versailles von 1945 zu revidieren sucht, ... erstrebt die kampflöse Kapitulation von ganz Resteuropa“<sup>24</sup>).

Adolf von Thadden schließlich tändelte sich locker an das Thema heran: „Aus der Bibel wissen wir: Am Anfang stand das Wort. Am Anfang der Ostpolitik der Brandt-Scheel-Regierung stand das Fremdwort. Da sprach man von der Respektierung der Realitäten.“ Offenbar war er über den Erfolg seines trojanischen Pferdes so ergötzt, daß er zu Scherzen aufgelegt war.

Soweit sich in all den Zitaten und dem spielerischen Jonglieren seiner Rede ein politischer Inhalt erkennen ließ, plädierte er für die Ostpolitik der CDU. Entweder vertrete die Bundesregierung Gesamtdeutschland, „dann muß die Grenzfrage bis zu einem Friedensvertrag offen sein“, oder sie erkenne die DDR an, dann habe sie keine Grenze mit Polen und der Gegenstand entfalle. Er entschied sich für die erste Variante. „Wir wollen den Rechtsanspruch behalten, die Einheit unseres Volkes eines Tages in Freiheit unter deutscher Fahne zu vollenden.“<sup>25</sup>)

Interessanter als diese Traditionsspiegelfechtereien waren die Hauptreden der studentischen Rechten in Würzburg. Während die Versammlung in einer Entschließung „mit Empörung die unerhörte Behauptung“ Brandts vom Anschlag einer rechten APO auf die Entspannungspolitik der Regierung zurückwies, meinten sie sich in der Substanz verstanden: „Der Bundeskanzler hat recht, uns zu fürchten!“ Sie fühlten sich in der Rolle einer Aktivisten-truppe, welche „die schweigende Mehrheit des deutschen Volkes . . . zum Sprechen zu bringen“ geeignet sei. Sie machten Stimmung gegen den „Ausverkauf deutscher Rechtsansprüche“ und gegen die „Pariarolle“, die den Deutschen durch die Ostverträge zudiktirt werde. Sie wiegelten auf zu einem neuen nationalistischen Aktivismus, der die Etablierung der alten NPD-Funktionäre und ihr Arrangement mit dem Westen in Frage stellte.

„Hier liegt eine unserer Aufgaben. Wir müssen soviel gesamtdeutsche Unruhe erzeugen, daß man daran nicht mehr vorbeigehen kann. Zukünftige Politiker werden sich mehr einfallen lassen müssen als satte Wohlstandsträgheit und als Warten und nochmals Warten ...“ — „National sein heißt darum für uns junge Deutsche: Gegen jede Form von Unterdrückung aufzustehen und jede Art von Politik, die sich zum Handlanger imperialer Mächte macht, mit allen legalen Mitteln zu bekämpfen. Wir jungen Deutschen wollen weder die Knechte des sowjetischen Panzerkolonialismus sein, noch die Büttel des amerikanischen Dollars.“ — „Deshalb Widerstand gegen jede Form des Kommunismus, Widerstand gegen alle Feiglinge, Dummköpfe und Faulenzer in der CDU, die die Gefahr, in der sich Deutschland befindet, nicht sehen wollen, Widerstand gegen alle Verräter, die Deutschlands Schicksal in die Hände der Sowjets legen.“<sup>26</sup>)

Angesichts dieser Stimmungsmache kann es nicht wunder nehmen, daß schließlich die nicht eingeplanten Transparente der „Marschierer“ hochgingen, in denen zum Mord am Bundeskanzler aufgerufen wurde. Zwar beeilte sich die Versammlungsleitung, die Geister, die sie rief, zu unterdrücken, aber die Bilder von diesen Transparenten haben nicht umsonst quer durch die Presse das Bild der Öffentlichkeit von der „Aktion Widerstand“ geformt. Sie signalisierten erneut, wie die Ordnerkrise ein Jahr zuvor, von Thaddens

24) Ebenda, S. 3 ff.

25) Ebenda, S. 21 ff.; Kather (S. 17 ff.) dagegen denunzierte Adenauer als Vorreiter der neuen Ostpolitik.

26) Zitate alle ebenda, S. 10 f. (Sudholt), S. 13 f. (Wintzek), S. 17 (Rau). Soweit ersichtlich, haben die studentischen Gruppen der Rechten in den letzten Jahren begonnen, sich aus der postfaschistischen Traditionspflege zu lösen und mehr der Frage einer eigenen ideologischen Aussage zu widmen. Vgl. z. B. das -Beiheft zum Deutschen Studentenanzeiger „Nationalismus heute“, Junge Kritik, Bd. 1, Coburg 1970. Die Diskussion in Organen wie „Junges Forum“ (Hamburg), „fragmente“ (Hamburg), „MUT“ (Asendorf) etc. verdient deshalb einige Aufmerksamkeit.

Fehlkalkulation, daß sich alles manipulieren lasse. Wer Ressentiments ohne Politik organisiert, kann sich nicht wundern, wenn das Aufgestaute und Aufgestachelte zum Ausbruch drängt<sup>27)</sup>. Verzweifelte Bemühungen, Verfassungswiderstand und Mordhetze in der Öffentlichkeit wieder auseinanderzuidividieren, halfen nichts<sup>28)</sup>; die NPD flog auch in Hessen und Bayern aus dem Landtag, ihre letzte große Fraktion in Stuttgart zeigt Auflösungserscheinungen. Die Vertriebenenverbände und insbesondere die „Deutsche Jugend des Ostens“ distanzieren sich von der „Aktion Widerstand“<sup>29)</sup>.

Ein paralleler Versuch, mit starker NPD-Unterstützung Parzellenbesitzer zu Feudalherren aufzuwerten, nämlich von der „Gemeinschaft ostdeutscher Grundeigentümer“ unter einem kompromittierenden Manager eine „Verfassungsgebende Nationalversammlung des deutschen Ostens“ konstituieren zu lassen, war schon zuvor durch seine Lächerlichkeit diskreditiert worden.

Zwar blies die NPD nach der Devise, daß Ruhe nur zu unnötigem Nachdenken führt, sogleich zu erneuter Aktion und organisierte eine Autosternfahrt der Aktion Widerstand auf Bonn, um gegen die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrags zu protestieren, aber der Korso führte durch ein Spalier aus Polizei und Gegendemonstranten. Eine regionale Aktion in Essen hatte zuvor den Ruf der NPD als Schlägerpartei auch auf die „Aktion Widerstand“ übertragen, ein Durchbruch zu neuen Bündnispartnern war nicht gelungen. Die NPD rotierte wieder im eigenen Kreise.

Aller Wahrscheinlichkeit nach werden ähnliche Aktionen folgen, weil die Anwälte der rechten APO sich um so mehr innerparteilich Gehör verschaffen können, je weniger die NPD in Parlamenten vertreten ist. Der Parteiführung wird daran gelegen sein, ihre Anhänger weiter „für Deutschland“ in Bewegung zu halten; sie kann damit rechnen, daß deren autoritäre Einstellung sie zu einem auch länger andauernden Einsatz für verordnete Ziele befähigt.

#### *Das Rechtskartell: Strategie des Regierungsturzes*

Die Gründung und Entwicklung der „Aktion Widerstand“ ist aber nicht allein aus NPD-internen Gründen zu erklären. Sie ist vielmehr als Zeichen für die Rückkehr der NPD zu den Taktiken des alten DRP-Stammes ein Produkt der Umgruppierung der Rechten in der Bundesrepublik, die wesentlich durch den Übergang der Union in die Opposition verursacht wurde. Solange dieser Zustand anhält und keine ernstliche wirtschaftliche Rezession droht, ist für eine kleine faschistische Organisation wie die NPD keine Aussicht auf Erfolg, weil die Tendenzen und Kräfte, die ihr in der Rolle einer bürgerlichen Protest-Opposition gegen eine bürgerliche Regierung dienlich sein konnten, in die Union re-integriert wurden.

Diese Integrationswirkung der CDU in der Opposition hat sich nicht nur in ihren auf der Übernahme von NPD-Wählern aufbauenden Landtagswahlerfolgen des vergangenen Jahres gezeigt, sondern noch deutlicher in den Beziehungen zwischen National-Liberaler Aktion (NLA) und CSU und beider Verbindungen zu nationalistischen Traditionen in einem Teil des Großbürgertums. Diese Verhältnisse, die direkt und indirekt einen großen Teil unserer Gesellschaft betreffen, sind freilich viel weniger übersichtlich als eine kleine Organisation wie die NPD; einige Konturen des großbürgerlichen national-konservativen Reservoirs, die sich heute schon abschätzen lassen, seien gleichwohl abschließend skizziert.

27) Außer beim Ordnerdienst und bei der Aktion Widerstand wurde die unterschwellige Brutalisierung am Rande der NPD auch durch die Aufdeckung von kleinen Zirkeln im Mai 1970 und Februar 1971 deutlich, in denen Aggressivität, Waffenschwärmerei und politische Phiantastik sich zu einer gefährlichen Mischung zusammenbrauen.

28) Vgl. z. B. Sudholt und Kern in DN 49/1970.

29) Vgl. die enttäuschten Angriffe in DN 51/1970.

Für eine so schwach organisierte Partei wie die CDU/CSU, die vom Erfolg ihrer konservativen Regierung und deren Möglichkeit lebte, durch Interessenbefriedigung eine Anzahl differenzierter Bezugsgruppen an sich zu binden, insbesondere für die älteren Politiker in ihr, mußte der Übergang von der Regierung in die Opposition als eine große Gefahr erscheinen, weil die neue Regierung einen Teil ihrer Bezugsgruppen abzuwerben und die Parteireform die Chancen der jüngeren Politiker in der CDU zu erhöhen drohte. Schon dieses Bedürfnis, das eigene Erfolgsimage nicht zu verlieren, war ein erheblicher Stimulus vor allem für ältere Unionspolitiker, alle feinen und unfeinen Mittel aufzubieten, um so schnell wie möglich die neue Regierung wieder abzulösen. Aber auch anderen an der Ära Adenauer orientierten Gruppen im konservativen Lager mußte materiell-politisch daran gelegen sein, die Politik der sozialliberalen Regierung von vornherein gar nicht zum Tragen kommen zu lassen, wenn es deren Ziel war, außenpolitische Spannung abzubauen, Rechtsfiktionen zu liquidieren, damit indirekt den Blick für die eigenen gesellschaftlichen Verhältnisse und ihre Lösungsmöglichkeit: unbefangener zu machen und innenpolitische Reformen einzuleiten, die über bloß anpassende Modernisierung hinausgehend, in der Eigentums- und Bildungspolitik zu einer emanzipatorischen Verbesserung der Chancengleichheit vordringen könnten. Die Union mußte damit rechnen, daß in dieser Richtung nicht revidierbare Schritte getan werden und ihrerseits eine weitergehende Reformdynamik anbahnen könnten.

Da gegnerische Möglichkeiten gewöhnlich überschätzt werden, mußte in der Sicht dieses weit über die CDU/CSU als Partei hinausgehenden, die konservativen gesellschaftlichen Gruppen umfassenden Bereiches jeder Monat der neuen Regierung die für konservative Bestrebungen so günstigen Grundlagen der Ära Adenauer mehr ins Gleiten bringen. Deshalb verbanden sich mit dem Wunsch älterer CDU- und CSU-Führer, so schnell wie möglich die Regierung abzulösen und ihr keine Entfaltungschancen zu geben, die sozio-ökonomischen Interessen besitzender Schichten, materielle Reformen in der Finanzpolitik, der Unternehmensverfassung, der Ausbildung etc. apriori abzublocken. Bei einem Teil des Unternehmertums, insbesondere bei großen und kleinen Familienunternehmen, in denen der Herr-im-Hause-Standpunkt mit dem ganzen dahinterstehenden autoritär-nationalen Syndrom noch beherrschend ist, kamen nationalistische Motive hinzu, die sich — ähnlich wie der Kampf vieler Vertriebenen-Funktionäre gegen ihre eigene Funktionslosigkeit — darauf richteten, die Liquidierung des Anspruchs auf eine Revision der Folgen des Zweiten Weltkrieges zu verhindern.

Auf der anderen Seite waren solche Fronten keineswegs eindeutig und geschlossen, weil sie von ostpolitischen Wirtschaftsinteressen, auch konservativem Realismus in der Einschätzung des Möglichen und europäisch-atlantischen Orientierungen, in Frage gestellt wurden. Diese differenzierte Ausgangskonstellation führte zu einer relativen Personalisierung des politischen Verhaltens im Unternehmertum und zugleich dazu, daß dieselben bzw. in denselben Traditionen stehende Personen wie am Ende der Weimarer Republik dazu neigten, durch materielle Förderung einschlägiger politischer Kräfte die Dauer der sozialliberalen Koalition abzukürzen. Eine ähnliche Überkreuzung ökonomischer Motive und nationalistischer Traditionen wird man auch bei jenen vermuten dürfen, welche die Spaltung der FDP versuchten, aber bei einer kleinen Abspaltung und einigen Abwerbungen stehenblieben. Durch die Zermürbung und Spaltung der Liberalen sollte zugleich der Regierung die Mehrheit entzogen und die Voraussetzung für die absolute Mehrheit der Union in einer Neuwahl mittels eines antiklerikal national-konservativen Juniorpartners gelegt werden<sup>30</sup>).

30) Zu diesem Fragenkreis sei wenigstens verwiesen auf William Borm: Von rechts werden alle Register gezogen, in: Frankfurter Rundschau v. 14. 10. 1970; Helmut Lindemann: Eine APO von rechts? Gewerkschaftliche Monatshefte 21 (1970), S. 711 ff.; Aufmerksamkeit verdienen aber z. B. auch die herzliche Würdigung des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“ durch die DN 51/1970 oder die Zusammenarbeit von CSU-, NLA- oder NPD-Funktionären im Witikobund, in dem u. a. mit Anrieh und Pollack Spitzenfunktionäre der NPD mitwirken und in dessen Vorstand zwei höhere NS- und NPD-Funktionäre tätig sind.

Diese in der *Geldner*-Affäre deutlicher gewordenen Zusammenhänge haben die CSU als Angelpunkt sowohl der industriellen Einflüsse wie der Mehrheitsmanipulation gezeigt und zusätzliche Argumente für das Verständnis ihrer extrem konservativen Programmatik in der Sozialpolitik und ihrer nationalistischen Agitation gegen die Ostpolitik geliefert. Ihre Versuche, durch „CSU-Freundeskreise“ oder eine „Deutsche Union“ ein Druckmittel gegen die große Schwesterpartei in die Hand zu bekommen und damit ihren bundespolitischen Einfluß zu stärken, stechen nicht unbeträchtlich von ihren teils kirchlichen, teils liberalen Traditionen im landespolitischen Bereich ab. Der Gedanke an Wiedervereinigung als ernsthafte Möglichkeit und Wunsch findet sich in ihrer noch immer weithin im bayerischen Partikularpatriotismus gehaltenen Wählerschaft deutlich weniger als bei den Anhängern der CDU in den ehemals preußischen Provinzen. In dieser Differenz zwischen Außenaktion und innerer Basis, die durch eine intensive Emotionalisierung der politischen Auseinandersetzung aufgefangen werden soll, liegen ebenso wie in der Spannung zwischen der Aufreizung kleinbürgerlicher Ressentiments und der Vertretung großbürgerlicher Interessen so krasse Widersprüche, daß sie nach faschistoiden Überbrückungen schreien.

### *Die NPD in Wartestellung*

Zwar ist die Taktik einer forcierten Regierungsablösung ins Stocken geraten, die intensive, nach rechts ausholende und emotionalisierende Wahlagitation hat jedoch beträchtliche Erfolge gehabt. Noch deutlicher für die Gesamtpartei als für die CSU entstehen daraus ernste Probleme, weil in der CDU die innerparteilichen Gruppierungen artikulierter, die Interessen noch differenzierter sind. Zwar können die unvermeidlich mit der neuen Ostpolitik kollidierenden Traditionen *Schumachers* in der SPD sowie *Dehlers* und *Mendes* in der FDP noch zu einer gewissen Arrondierung der CDU-Erfolge führen, aber die Wirkungen der außenpolitischen Linie der CDU/CSU auf die Masse der städtischen Wählerschaft, auf die Einstellungen der Jugend und der Intellektuellen, auf einen Teil der Industrie bleiben mehr als zweifelhaft. Zudem verbreitet sich die Erkenntnis, daß auch die eigene Partei grundsätzlich der ostpolitischen Problematik nach dem 1968 gescheiterten ersten Anlauf nicht auf die Dauer hätte entgegen können, daß sie, wieder einmal an der Regierung, von den von SPD und FDP geschaffenen Voraussetzungen wird ausgehen müssen. Diese Spannungen in der CDU und CSU teilen sich einer breiteren Öffentlichkeit mit. Die Widersprüche zwischen *Katzer* und *Dregger*, *Weizsäcker* und *Strauß*, *Kiesinger* und der Jungen Union, um nicht von Führungs rivalitäten wie zwischen *Barzel* und *Kohl* zu reden, mögen wahltaktisch zunächst überbrückbar sein, aber sie lassen die Glaubwürdigkeitslücke und das Bedürfnis nach politikloser Integration durch bloßen Kampfgeist größer werden. Darin zeigt sich, daß von Thaddens Hoffnung, daß die NPD vor allem durch ihre indirekten Wirkungen auf das Regierungssystem in ihrem Sinne wirke, einen richtigen Kern hatte<sup>31)</sup>.

In dieser Umgruppierung, in der die NPD einen Großteil ihres neofaschistischen Flügels an die Union abgeben mußte, und sich auf ihren alten DRP-Stamm mit primär nationalistischer und antikommunistischer Ausrichtung reduzierte, blieb gleichwohl eine gewisse Wirkung der NPD auf die Führung der CSU und von da auf Gruppen in der CDU erhalten. Sie liegt kurzfristig in der formelhaften Hysterie ihrer Agitation gegen „Verrat“ und „Verzicht“, „Türöffner“ und „Handlanger“ und in der emotionalen Brutalisierung des politischen Kampfstils, die sich in kaum unterdrückbaren Mordgelüsten und in der Mobilisierung antiparlamentarischer Ressentiments im Bürgertum

31) So sagte Thadden z. B. in einem Spiegel-Gespräch: „Es ist eine der vornehmsten Bemühungen der NPD, die anderen Parteien zu einem Ruck nach rechts insgesamt zu veranlassen. So wollen wir's haben.“ (Der Spiegel, 22/1969).

durch nationalistische außerparlamentarische Agitation zeigt. Dadurch werden längst verdrängte persönliche und politische Frustrationen erneut organisierbar, die Diskussion über innenpolitische Interessenfragen wird entpragmatisiert und mit den Traditionsklischees nationaler Loyalität vermischt.

Die Untrennbarkeit reaktionärer Stereotype, die damit aufgerührt werden und das gesamte Meinungsmilieu vernünftigen Argumenten nicht nur in der Außenpolitik unzugänglich zu machen drohen, zeigte sich auch deutlich im Würzburger Manifest der Aktion Widerstand: Angeblich gegen die Ostpolitik der Regierung gerichtet, wird dort gegen „schändliche Gesinnungslosigkeit eines angeblichen Zeitgeistes“ und „Verherrlichung des Kriminellen, der Rauschgifte, der Pornographie und der Obszönität“ vom Leder gezogen und nur schwach verschleiert Meinungsfreiheit, Bildungsreform, Kapitalismus und Sozialismus gleichermaßen abgelehnt und nach Unterdrückung des Pluralismus, nach Polizei und Protektionismus gerufen. Pflichttreue einer wehrbereiten Jugend wird als zentraler Wert proklamiert und eine Politik beschimpft, „welche die Stabilität unserer Währung und damit die Leistung einer ganzen Generation aufs Spiel setzt, indem sie angebliches Wachstum durch Inflation erzeugt und in skrupelloser Offenheit eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung anstrebt, die den ausgeplünderten Bürger und einen reichen Staatssozialismus zum Ziel hat“<sup>32</sup>). Es ist diese stets an der Grenze der Legalität schlingende Hetze ohne irgendeine politische Perspektive, von Routiniers verfertigt wie ein Markenartikel, an der die nationalistischen Kader hängen wie die Süchtigen an einer Droge; die „Aktion Widerstand“ hat gezeigt, daß sie auch Jugendliche zu berauschen vermag, welche die Aktionsformen der neuen Linken aufnehmen, aber nicht der Emanzipation, sondern um Ressentiment und Repression willen.

Die Erhaltung und Verbreitung dieser Droge ist nun das Ziel der von unmittelbarer politischer Tätigkeit abgeschnittenen NPD in- und außerhalb der „Aktion Widerstand“. Nun kann Anrich mit der Unterstützung von Thaddens sagen, man trete nicht in die NPD ein, um Wahlerfolge zu erringen, vielmehr um eine gesinnungsmäßige Wendung im Volk herbeizuführen. Gerade die Ausstrahlung der nationalistischen und antisozialistischen Hysterie auf benachbarte Gruppen ist das Ziel der reduzierten NPD. Sie spekuliert darauf, daß die Union ihr nach dem Munde redet, um ihre potentiellen Anhänger zu gewinnen, daß die Union ihre Versprechen aber nicht wird einlösen können, wenn sie selbst die Regierung zu bestimmen in der Lage ist. Dann sieht der rechtsradikale Kader, der jetzt auf Durchhalten und propagandistische Wirkung setzt, seine Chance gekommen; dann kann er die Enttäuschten organisieren.

„Eine Wendung ist nur dann möglich, wenn ein Kader bleibt, das völlig unerschüttert der Bevölkerung die Wahrheit und die Möglichkeit sagt; eine Wendung ist nur dann möglich, wenn bei eintretender Besinnung eine Partei intakt da ist, die die rückflutenden Erkennenden aufzunehmen und zu formieren sofort imstande ist. ... Wer in Würzburg die Aktion Widerstand miterlebt hat, weiß, daß eine innere Wendung zur Aktivität sidi vollzogen hat, die den- noch lauflenden Gegenfluß der äußeren Passivität weit übersteigt.“<sup>33</sup>)

32) „Manifest des deutschen Widerstandes“, in: Widerstand, Der Schwur von Würzburg, a.a.O., S. 29 f.

33) Anrich in einem Rundschreiben an seinen Kreisverband der NPD in Darmstadt nach der Niederlage in der hessischen Landtagswahl 1970, das v. Thadden mit Rundschreiben des NPD-Parteivorstands v. 12. 11. 1970 an alle Kreisverbände mit dem Bemerken verbreitete, daß er sich der Lagebeurteilung Anrichs, die Aufgaben der NPD lägen künftig im außerparlamentarischen Raum, „uneingeschränkt“ anschließe. Dieser Wende zur faschistischen Kaderpartei folgen jetzt selbst solche NPD-Funktionäre, die sich in den letzten Jahren als wahre Parlamenteiferer profiliert hatten. Baßler z. B. sagte am 7. 10. 1970 im bad.-württ. Landtag: „Ein Staat, wo Gemeinsamkeiten nicht mehr vorhanden sind, wo man unter dem Sittengesetz nicht mehr das Gemeinsame versteht, ist kein Staat mehr, sondern irgendein zusammengelaufener, politisch allerdings dann sinnloser Haufen, Hier das Notwendige zu tun, wäre auch der wichtigste Punkt für eine kommende Verfassungsreform“ und „Die Wahrheit muß endlich gesagt werden, auch wenn es nicht parlamentarisch ist.“